

SOLIDE POLITIK DER KOALITION

Rente nach Krise gestärkt

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine Anhebung der Renten um 0,99 Prozent beschlossen. 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner erhalten ab dem 01. Juli somit leicht erhöhte Bezüge. Dieser Schritt setzt die solide Rentenpolitik der christlich-liberalen Koalition fort. Union und FDP hatten stets auf einen Ausgleich zwischen den Interessen der Ruhestandler und der Beitragszahler gesetzt. Auch die jüngste Entscheidung zur Erhöhung der Renten wurde mit Blick auf die Stabilität des Systems getroffen.

Interessen der Rentner und der Beitragszahler gewahrt

2009 hatte die unionsgeführte Bundesregierung eine erweiterte Renten-Schutzklausel durchgesetzt. Während die Entwicklung des Rentenniveaus generell an die Lohnentwicklung gekoppelt ist, eröffnet diese Schutzklausel Möglichkeiten für Ausnahmen: So bleiben die Renten unverändert, wenn das Lohnniveau sinkt. Dafür wird der entsprechende Rückgang in den folgenden Jahren nachgeholt, in denen die Löhne wieder steigen. Eine faire Lösung: Dieser Mechanismus bewahrt nicht nur die Rentnerinnen und Rentner vor Einschnitten, sondern schützt gleichzeitig auch die Beitragszahler vor verdeckten Mehrbelastungen.

Die Renten-Schutzklausel verhinderte im vergangenen Jahr eine Kürzung der Altersbezüge. Aufgrund des rückläufigen Lohnniveaus wären schmerzvolle Einschnitte notwendig geworden. Doch die christlich-liberale Koalition hielt die Altersbezüge stabil. Nun gilt es, die Schutzklausel weiter zu beachten und die 2010 vertagte Entwicklung schrittweise nachzuholen. Das ist der Grund für den im Vergleich zur erfreulichen Lohnentwicklung moderaten Anstieg der Renten.

Berechenbarkeit und Verlässlichkeit führen zu Stabilität

Die erfolgreiche Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen hatte zuletzt eine überraschend positive Entwicklung der Konjunktur ermöglicht. Wachstum und Beschäftigung legten infolgedessen stark zu; in manchen Regionen – insbesondere in bayerischen Landkreisen – liegt das Ziel der Vollbeschäftigung zum Greifen nahe. Vor diesem Hintergrund war es zu einem deutlichen Zuwachs der Löhne gekommen. Ohne den Ausgleich der Renten-Schutzklausel aus den vergangenen Jahren wäre die Erhöhung der Altersbezüge daher höher ausgefallen. In den alten Bundesländern hätte sie 1,99 Prozent betragen.

Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sind der christlich-liberalen Koalition besonders wichtig. Daher stehen Union und FDP zur erweiterten Renten-Schutzklausel und zur Stabilität des Systems. Das Vorgehen der Koalitionsfraktionen ist nicht nur Ausdruck einer fairen Solidarität zwischen den Generationen. Vielmehr schafft es auch die Voraussetzungen dafür, dass weiterhin eine angemessene Rente garantiert bleibt.

Drei Varianten, eine klare Tendenz

Die Präimplantationsdiagnostik (PID), über die der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet, weckt gleichermaßen Hoffnungen und Ängste. Auf der einen Seite stehen Eltern, die einen Gendefekt in sich tragen und ihn nicht an ihre Kinder weitergeben wollen. Sie wünschen sich gesunden Nachwuchs und sind daher bereit, die langwierige Prozedur der PID auf sich zu nehmen. Sie wollen Embryonen künstlich erzeugen und untersuchen lassen, um herauszufinden, welche den entsprechenden Gendefekt nicht tragen. Nur diese werden der Mutter eingepflanzt, die anderen dagegen vernichtet. Nach den bisherigen Erfahrungen sind durchschnittlich 33 Befruchtungen notwendig, bevor ein Baby auf diesem Weg geboren wird.

Gezielte Selektion soll Behinderungen vermeiden

Hier setzen die Gegner der PID an. Sie halten es für untragbar, dass so viele Menschenleben vernichtet werden, bevor eines überleben darf. Christsoziale unter den PID-Skeptikern verweisen in diesem Zusammenhang auf das Grundsatzprogramm der CSU, in dem es heißt: „Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an. Jede Unterscheidung zwischen ‚lebenswertem‘ und ‚lebensunwertem‘ Leben ist für uns ein Verstoß gegen die Menschlichkeit und wird von uns bekämpft.“ Betroffene fürchten außerdem eine Stigmatisierung ihrer Behinderungen, wenn sich diese auf einer Liste finden lassen, die eine PID rechtfertigen. Sie verweisen darauf, dass Eltern bereits heute unter Rechtfertigungsdruck stehen, wenn sie sich vorbehaltlos auf jedes Kind freuen und daher eine Fruchtwasser-Untersuchung ablehnen.

Kritik an Abwägung zwischen „lebenswert“ und „lebensunwert“

Beobachter sind sich nach der ersten Plenardebatte zur Präimplantationsdiagnostik einig: Der Deutsche Bundestag erlebt eine Sternstunde der Parlamentsgeschichte. Seit dem vergangenen Sommer bilden sich alle Abgeordneten eine eigene Meinung zur ethisch wie rechtlich komplexen Frage nach der Zukunft der PID in Deutschland; am Donnerstag diskutierten sie drei Stunden lang in aller Offenheit über dieses Thema; im Sommer werden sie alleine ihrem Gewissen folgen, wenn sie die wichtige Entscheidung ohne Rücksicht auf ihre Fraktionszugehörigkeit treffen.

Sternstunde der Parlamentsgeschichte

Vor diesem Hintergrund haben sich drei Gruppen von Parlamentariern gebildet, die je einen Lösungsvorschlag erarbeitet haben. Eine Gruppe hat einen Gesetzesentwurf für ein konsequentes PID-Verbot erstellt; sie wird von mehr als 190 Abgeordneten unterstützt. Davon stammen 28 aus den Reihen der CSU. Die beiden anderen Anträge unterscheiden sich dadurch, wie weit sie die Gründe für mögliche Ausnahmen von einem Verbot definieren. Der am weitesten gehende Entwurf findet bisher gut 210 Unterstützer (darunter ein CSU-Abgeordneter), die abgeschwächte Variante nur rund 35. 15 Christsoziale haben sich noch nicht festgelegt.